

Annoncen.
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Altkirch & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streifand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 623.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Montag, 6. September.

Amtliches.

Berlin, 4. September. Der König hat geruht: dem Senatspräsidenten des Ober-Landesgerichts zu Hamm Dr. Dobm den Charakter als Geheimer Ober-Justizrat mit dem Range eines Rethes zweiter Klasse zu verleihen; so wie den Regierungsrath Friske in Frankfurt a. M. zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Direktoren, und den Regierungs-Assessor Georg Ludwig Carl Schwedendieck zu Berlin zum Regierungsrath zu ernennen.

An der höheren Bürgerschule zu Osterode Ostpr. ist der bisherige Dirigent Dr. Ernst Wüst als Rektor bestätigt und der Lehrer Dr. Max Wagner zum Oberlehrer befördert worden. Die Berufung des Realchullehrers Dr. Ortmann zu Kassel als Oberlehrer an der Realschule zu Neuemünster ist genehmigt worden.

Berfest sind: der Amtsgerichtsrath von Schäwen in Schloßau an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath Landowksi in Kratoschin an das Amtsgericht in Schildberg, der Amtsrichter Mau in Pöllwitz an das Amtsgericht in Nödding, der Amtsrichter Freydrich in Wusterhausen a. d. D. an das Amtsgericht in Angermünde, der Amtsrichter Knast in Cosel an das Amtsgericht in Ratibor, und der Amtsrichter Matthaei in Schildberg an das Amtsgericht in Kratoschin.

Politische Uebersicht.

Posen, 6. September.

Auf die Anfrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz bei dem kölner Domkapitel, ob dasselbe bereit sei, am 15. Oktober ein Te Deum, welchem Se. Majestät der Kaiser bewohnen würde, abzuhalten, ist der „Kölner Volksztg.“ zu folge, eine Antwort dahin erfolgt: Um Gott für die glückliche Vollendung des Domes zu danken, sei das Domkapitel mit Rücksichtnahme auf die ausgesprochene Entschließung bereit, am 15. Oktober ein Te Deum abzuhalten; das Domkapitel könne aber nicht umhin, zugleich seinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß die Feier der Vollendung des Domes nicht auf eine Zeit verlegt worden sei, wo der kirchliche Friede hergestellt wäre.

Man schreibt der „Nat.-Ztg.“: „Bezüglich des Kölner Dombaufestes hat man hier in maßgebenden Kreisen nicht besorgt, daß bei dem ausgesprochenen Willen des Kaisers über die Veranstaltung des Festes irgend welche Maßnahmen der kirchlichen Behörden dem Zustandekommen der Feier hinderlich entgegentreten möchten. Der Kaiser legt ein ganz besonderes Interesse für die möglichst feierliche und denkwürdige Veranstaltung des Dombaufestes an den Tag. Beide Majestäten, das Kronprinzliche Paar, womöglich alle preußischen Prinzen und, wie es heißt, mehrere deutsche Souveräne werden dem Feste bewohnen, über dessen Einzelheiten eine Vereinbarung zwischen den Kölnern Veranstaltern und den hiesigen Zentralstellen stattfinden wird.“ — Wie bekannt, verlautete schon vor einigen Tagen, daß der Feier außer dem Kaiser und der königlichen Familie auch noch gelaufene Gäste beiwohnen würden. Jetzt heißt es nun, daß unter diesen geladenen Gästen u. A. die noch im Amt befindlichen preußischen Bischöfe, zu denen auch der altkatholische Bischof Reinke gehöre, gemeint seien. — Die Feier wird drei Tage, vom 15. bis zum 17. Oktober, in Anspruch nehmen. — Der Ministerialdirektor Lucanus aus dem Kultusministerium hat sich nach Köln begaben, um dort mit den Behörden u. c. die nötigen Vorbereitungen für das Fest zu besprechen.

Die „N. A. Z.“ demonstriert in Bausch und Bogen verschiedene neue Zeitungsgeschrüte. Es sei unwahr: 1) daß seit dem Aufbrechen der Verhandlungen mit Rom, welche der jüngsten Kirchenvorlage vorhergingen, von Preußen oder Rom irgend welche Anregung zu neuen Verhandlungen gegeben worden sei; 2) daß beabsichtigt werde, das Reichsamt das Innern aufzulösen; 3) daß die Regierung daran denke, die Kornzölle aufzuheben oder ein Verbot der Kartoffelausfuhr zu erahnen. (S. berliner C. Korrespondenz.)

Der offizielle „Staatsanzeiger für Württemb.“ knüpft an die Veröffentlichung des kaiserlichen Erlasses an die deutsche Armee folgende auffällige Bemerkung: „Die Proklamation wurde durch Indiskretion schon vor dem 1. September auf dem Weg des Druckes bekannt gemacht und ihre Wirkung dadurch erheblich abgeschwächt.“ Diese Bemerkung ist ganz unverständlich. Am 1. September früh brachte ein Extrablatt des Militär-Wochenblattes“ den kaiserlichen Erlass und aus dieser Quelle haben wir, wie unseres Wissens auch die übrigen norddeutschen Blätter geschöpft. Daß der Erlass irgendwo schon vor dem 1. September veröffentlicht wäre, ist uns nicht bekannt.

Der „Kreuz. Ztg.“ wird aus Prag unterm 3. geschrieben: „Der Besuch des Barons Hammerle bildet für die dieszeitigen politischen Kreise seit zwei Tagen das wichtigste Ereignis der internationalen Politik, da man hierin nicht nur eine Ergänzung der jüngsten Kaiserbegegnung in Biel und somit eine neue Befrätigung des vor einem Jahre abgeschlossenen Friedensbündnisses, sondern wohl auch mit Recht die Tendenz erblickt, sich in persönlichen Gedankenaustausch über alle schwelbenden Fragen und deren möglichen Konsequenzen genau zu verstündigen, um allen Eventualitäten gegenüber mit dem vollen Gewicht beider Reiche solidarisch auftreten zu können. Das solidarische

Auftreten der beiden Mächte wird aber nicht nur ein mächtiges Gegen gewicht gegen alle überstürzten Vorgänge auf der Balkanhalbinsel, sondern zugleich auch das sicherste Mittel bilden, um alle für die Aufrechterhaltung des Friedens interessirten Staate zum Bündniß heranzuziehen und so mit einem mächtigen Friedenshort auch eine sichere Friedensbürgschaft zu bilden. Auch eine offiziöse wiener Korrespondenz der „Prager Zeitung“ bezeichnet als Zweck der Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner Österreichs und Deutschlands ein möglichst enges Zusammensein der beiden Mächte zunächst in der Orientfrage. Angestellt der Nachrichten von dem Widerstande der Albanier gegen die Abtretung Dulegnos (heißt es darin) werde es immer unwahrscheinlicher, daß die Pforte, selbst wenn sie jetzt den ersten Willen an den Tag legen wollte, im Stande sein werde, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Um so näher müsse daher die Flotten-Demonstration herantreten und um so mehr müssen sich auch die Schwierigkeiten häufen, welchen dieselbe begegnen kann. Es komme daher keinem Zweifel unterliegen, daß Frhr. v. Haymerle und Fürst Bismarck alle Eventualitäten, welche sich an diese Kollektivaktion knüpfen, reiflich erwägen und besprechen werden. Das enge Zusammensein Deutschlands und Österreichs, an sich eine natürliche Konsequenz der Allianz, welche die beiden Staaten verbindet, werde auch hier wieder klar zu Tage treten. — Dieses Zusammensein wird aber selbstverständlich nur im Interesse des Friedens erfolgen.“

Die „Nat. Ztg.“ schreibt:

„Wir kommen noch einmal auf die Frage der Farben und Fahnen des Reiches zurück. Es ist sicher kein leichtes Spiel, was zu solchen Symbolen zu greifen lassen, sie entsprechen einem allgemeinen und unüberwindlichen Bedürfnis des Volksgeistes. Jede Nation hat dergleichen Zeichen, jede pflegt sie, schützt und verehrt sie. Die Fahne ist für alle Nationen eine Art Volkseidigthum; eine mystische Weibe ist über solche Farbenzusammenstellungen verbreitet; eine ganze Welt von Gefühlen wird wach, wenn diese Zeichen sich entfalten und wenn die tägliche Gewohnheit diese Eindrücke leicht in den Hintergrund drängt, so treten sie nach langer Trennung, im Auslande, bei besonderer Veranlassung mit der ganzen fortreisenden Gewalt einer Naturkraft hervor. Wir haben hier nicht die Aufgabe, diese Gefühle zu detaillieren und in Vernunftgründe aufzulösen. Ein Stück Volksgeist steht darin lebhaft vor uns, dessen Pflege, gerade weil sie sich dem Staate zuwendet, auch ein eminentes Staatsinteresse ist. Selbst ein Volk wie die Franzosen, das in dem Besitz eines seit Jahrhunderten zentralisierten Staatswesens ist, das seine nationalen Farben seit beinahe einem Jahrhundert hat, treibt einen förmlichen Kultus mit diesem Symbol. Das Fest vom 14. Juli wurde von den Beichtflattern das Fahnenfest genannt, denn ganz Paris, so schreibt man, ist buchstäblich bedeckt von Fahnen und Dekorationen in den nationalen Farben. In Deutschland, dessen Staatsform eine neue und um Vieles loser ist, als die unseres großen Nachbarstaates, haben die Zeichen nationaler und staatlicher Einheit noch eine unglaublich größere Bedeutung und eine noch nicht ganz erfüllte Mission. Sie haben keineswegs schon die Stellung in dem Reiche errungen, die ihnen gebührt und welche die Staatsraison ihnen einzuräumen befiehlt. Aus Süddeutschland schreibt man uns:“

„Leider schwimmen die deutschen Hoheitszeichen nur auf dem Meer herum und flattern an den Gesellschaftshotels der Bot schafer im Auslande. Warum fehlt das gemeinsame deutsche Feldzeichen an allen Helmen und Fahnen des großen deutschen Heeres neben den Landesfarben?“

Die nationalen Farben haben allerdings bei uns eine merkwürdige Geschichte; sie sind zuerst nur nebenbei als Marine- und Handelsflagge aufgenommen worden; aber ihr Siegeszug hat sie schnell durch ganz Deutschland getragen in der tiefen Erregung des Volksgeistes. Vor zehn Jahren haben sie sich ihr vollständiges Bürgerrecht erkämpft. Eine Reihe von Vorgängen der letzten Tage hat die Aufmerksamkeit in verstärktem Maße auf diese Seite unseres nationalen Lebens gelenkt. Wir würden es an der Zeit halten, wenn jetzt, zehn Jahre nach der Schlacht bei Sedan und der Gründung des deutschen Reiches, die Farben dieses Reiches auch äußerlich die ihnen gebührende Stellung erhielten. In erster Reihe sind sie berufen, das gemeinsame Feldzeichen des deutschen Heeres abzugeben, das eines solchen noch entbehrt; wir wissen auch keine Antwort zu geben, warum das Heer eines solchen Zeichens entbehren soll. Gerade in dem Heerwesen, dem noch so viel Partikularistisches anhängt, sind die Reichsfarben berufen, das äußere Symbol der Einheit des ganzen großen Organismus abzugeben, dem für die vollständige Einheit noch so Vieles fehlt.“

Durch die abermals erfolgte Erhöhung des Bank-

diskonts auf 5½ Prozent, des Lombard-Zinsfußes auf 6 Prozent, wird — so schreibt der „B. B. C.“ — ein interessantes Schlaglicht auf die Wucher gesetzt geworfen.

Wo der Wucher anfängt und das Nehmen eines legitimen Zinsfußes aufhört, hat das Gesetz kluglich zu definiren unterlassen. Es ist aber nur zu natürlich, daß der Bankier dem Kreditsuchenden gegenüber einen etwas höheren Zinsfuß nehmen muß, als die Reichsbank ihn von ihm nimmt. Nimmt somit der Bankier 1 Prozent mehr, als die Reichsbank fordert, nimmt er 6½ Prozent, um berechnet er sich außerdem eine kleine ganz legale Provision, so ist es schon sehr fraglich, ob sich nicht irgendwo ein Richter finden könnte, der darin das Crimen des Wuchers zu entdecken vermöchte. Doppelt schwierig aber wird die Sachlage, wenn ein kleiner Industrieller oder Handels treibender, der bei der Bank nicht akkreditirt ist, einen Bankier aufsucht, um von diesem Geld zu erhalten. In Folge der Wuchergesetze bietet sich vielleicht für ihn gar keine Möglichkeit, sich Geld zu verschaffen, denn der Provinzial-Bankier wird vielleicht fürchten, wenn er einen Zinsfuß von etwa 6½ Prozent nimmt und sich dazu noch eine Provision berechnet, gelegentlich mit dem Richter in Konflikt gerathen zu können. Es ist das ein Dilemma, das herbeigeführt wird durch die wunderbare Diskonto-Politik, deren wir uns erfreuen, auf der einen Seite, und durch das Wuchergesetz, das auf der anderen Seite steht, und zwischen denen beiden der Kreditsuchende nur allzu leicht eingeklemmt werden kann.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschwisterte Petitsize oder deren Raum, Neklämmen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Taube & Co.
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

unterhielt. In Petersburg wird diese ostentative Aussöhnung mit der Emigration unangenehm berühren. Zur Zeichen, daß der Anschluß der Polen an Österreich eine vollständige und bedingungslose ist, hat Franz Joseph Czeczkowski's Bitte um Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft für seinen Sohn, welcher gegenwärtig spanischer Unterthan ist und in Paris an der Spitze der Emigration steht, bereitwillig gewährt. In Albedynski's Bericht über seine Mission wird dieser Punkt nicht übergangen werden.

Wie die pariser „Liberté“ hört, hätte der deutsche Gesandte in Paris, Herr von Radowicz, ganz neuerdings eine lange Unterredung mit dem Minister des Äußersten, Herrn von Freycinet, gehabt, aus welcher das Blatt folgenden Ideenaustausch mittheilen kann: „Wir wollen die genaue Ausführung des berliner Vertrags“, sagte Herr von Freycinet, „aber wir wollen vor Allem den Frieden. Frankreich will nicht auf's Gerathewohl handeln; es muß sich sammeln und seine Wiederherstellung durch kluge Reformen vervollständigen; es kann sein Ziel ohne Frieden nicht erreichen. Dies ist der Wunsch der ganzen Bevölkerung, und die Regierung ist entschlossen, jedes Wagnis, mit welchem eine Gefahr verbunden sein könnte, fern zu halten.“ — „Dies ist auch der innigste Wunsch der deutschen Reichsregierung“, erwiderte Herr von Radowicz. — „Dann werden Frankreich und Deutschland immer einig sein“, entgegnete der Minister des Äußersten, „da ihre auswärtige Politik dasselbe Prinzip zur Grundlage hat.“

Der a b b e r u f e n e B i s c h o f v o n T o u r n a y , D u m o n t , hat schreibt man der „Nat. Ztg.“ aus Brüssel, soeben neue Dokumente veröffentlicht, welche Sensation erregen, weil sie den evidenten Beweis liefern, daß anlässlich der im Hinblick auf die neuen Schulgesetze erfolgten Exkommunikationen die ersten Anfänge eines Konfliktes zwischen dem Papst und unseren Bischöfen bestanden. Die Prälaten haben rundweg abgelehnt, sich den Rathschlägen Leo's XIII. zu unterwerfen und ihr Wille hat schließlich über denjenigen des schwachen Papstes den Sieg davongetragen. Am 7. Juli 1879 schreibt der Nuntius Bannuelli an den Kardinal Dechamps auf den „formellen Befehl“ des Papstes, daß man im Vatikan dafür hält, es sei „nicht gestattet“, alle Staatschulen in Masse zu verurtheilen, man müsse vielmehr nur diejenigen verbannen, in denen der Unterricht eine Gefahr für den Glauben darstellen würde. Was die übrigen Schulen anbetrifft, „so dürfe die Benutzung derselben den Eltern nicht als Todsfünde verboten werden.“ Der Kardinal Dechamps lehnt es jedoch ab, auf die Instruktionen des Nuntius zu hören und beharrt bei dem Entschluß, den gesamten Staatsunterricht zu exkommunizieren. Der Nuntius schreibt ihm ein zweites Mal, um ihm anzukündigen, daß er den Bischof von Lüttich aussuchen werde, um ihm den Willen des Papstes begreiflich zu machen.

Sogleich läßt Dechamps seinen Amtsbruder in Lüttich wissen, daß er den Besuch Bannuelli's empfangen würde, und fügt hinzu: „Wir können nicht sagen (wie der Papst wünschte), daß die Staatschulen nicht sämtlich verdammenswert sind. Wir haben sie mit Recht verurtheilt.“ — Der also benachrichtigte Bischof von Lüttich empfängt den Nuntius, und einige Tage später schreibt er an den Bischof Dumont in Tournay, daß er dem Abgesandten des Papstes erklärt habe, „das Verlangen Leo's XIII. wäre unannehbar.“ Der Nuntius macht dem Kardinal Dechamps Mittheilung von dem Empfange, den ihm der Bischof von Lüttich bereitet hat, und in dem Briefe wird gesagt, daß man sich widersehe, dem Papst Genugthuung zu gewähren. Hierauf interveniren die katholischen Parteiern, die „Zivilisten“, wie sie mit Verachtung von den Prälaten genannt werden. Dieselben wenden sich an den Papst, um ihm zu versichern, daß die Extravaganzen der Bischöfe die katholische Partei zu Grunde richten würden. Kardinal Nina, beunruhigt, schreibt seinerseits an den Kardinal Dechamps, um eine letzte Anstrengung zu versuchen. „Viele Persönlichkeiten“, sagt er, haben dem heiligen Vater vorgestellt, daß die Massenverurtheilung der weltlichen Schulen Haß gegen die Kirche erregen würde; diese Persönlichkeiten betrachten diese Maßregel als gehässig, und ich ersuche Ew. Eminenz, diese Worte zu erwägen.“

Was thut hierauf Dechamps? Hört er auf die Stimme des Vatikans? Ganz im Gegenteil! Er sendet am 16. Oktober 1879 ein Rundschreiben an die Bischöfe, in welchem er sagt: „Es bleibt nur eines zu thun übrig: alles das mit Festigkeit aufrecht zu erhalten, was wir gethan haben.“ Ein Papst wie Gregor VII., Sixtus V., Pius IX. würde diesem Verweigerer mit seinem Ohrstrahle getroffen haben. Leo XIII. in seiner Schwäche hatte Furcht, sich auf einen offenen Kampf mit dem Episkopate einzulassen und begann seine Politik der Doppelzüngigkeit und des Rückzuges, um damit zu enden, daß er das gesammte Verhalten der Bischöfe vollständig billigte.“

In der Tuniser Angelegenheit ist ein neuer Zwischenfall zu konstatiren. Die französischen Staatsmänner hatten sich des mächtigen Einflusses Khereddin Paschas zu versichern gewußt, welcher die Interessen des Bey von Tunis lange Jahre in Paris vertrat, dann Präsident des hohen Rethes von Tunis wurde. Als er sich 1877 mit dem Bey entzweite und seine Entlassung nahm, begab er sich nach Frankreich und wurde von dort vom Sultan nach Konstantinopel berufen und zum Großwesir ernannt, konnte sich jedoch in dieser Stellung gegen die Machinationen Osman Paschas nur bis zum Juli 1879 halten. Aus der Verbindung mit Khereddin Pascha wird man in Paris jetzt einen neuen Anlaß zur Wahrung französischer Interessen in Tunis erhalten. Der ehemalige Großwesir hatte auf seinem 80,000 Hektaren großen anbaufähigen Landbesitz von einer Marseiller Compagnie eine bedeutende Hypothek aufgenommen. Diese sollte er am 31. August zurückzahlen. Khereddin hat sich außer Stande erklärt, Zahlung zu leisten, und hiermit dürften sich Konsequenzen verbinden, welche die französisch-türkische Politik in der Regenschaft Tunis sehr stark berühren

und Frankreich neue Gelegenheit geben, seinen Einfluß in Tunis zu verstärken.

An dem Widerstande des Oberhauses scheitert die ganze Gesetzgebung, mit welcher das gegenwärtige englische Cabinet in der ersten Session des Parlaments die dringendsten Reformen auszuführen versuchte. Nachdem die Lords zuerst die irische Pächterentschädigungsbill ausgestaltet, dann die Begräbniss-, die Hasen- und Kanincheng Jagd- und die Haftpflichts-Bill so amandirt hatten, daß an ein Zustandekommen der Gesetze kaum noch gedacht werden konnte, haben sie am Dienstag auch die irische Wähler-Registrierungs-Bill durch Ablehnung der zweiten Lesung für diese Session unmöglich gemacht.

Betreffs der Begräbnissbill und der Bill über die Haftpflicht der Arbeitgeber haben die erblichen Gesetze zwar nachgegeben, indem sie die vom Unterhause wieder aufgenommenen Bestimmungen und damit beide Bills acceptirt haben. Ob sie dazu die neuliche Warnung Lord Beaconsfield's vor Konflikten mit dem zweiten Factor der Gesetzgebung in weniger wichtigen Fragen oder der Unwille, den die ganz unmotivirte Verwerfung der Wählerregistrierungsbill in weiten Kreisen hervorgerufen, vermoht hat, bleibt dahingestellt. jedenfalls trocken die Lords zu sehr auf die bevorrechtete Stellung, welche sie in der Gesetzgebung besitzen. Auf diese Weise dürfen sie den Sturm entfesseln, dessen erste Anzeichen sich schon jetzt geltend machen.

So sehr der Engländer an dem Hergebrachten hängt, so ist doch die Frage, ob in einem freien, konstitutionell regierten Lande ein Oberhaus mit erblichen Mitgliedern noch eine Existenzberechtigung besitzt, in den letzten Jahren häufig erörtert worden. Auch im Unterhause ist diese Frage dann und wann gestreift worden, ohne daß derartige Neuerungen bisher besonderes Gewicht beigelegt werden konnte. Freitag aber hat auch ein Mitglied der Regierung, und wohl nicht ohne der Zustimmung seiner Kollegen gewiß zu sein, sich dahin erklärt, daß eine Änderung der Verfassung des Oberhauses vielleicht nothwendig werden dürfte. Parnell, der am Dienstag einen Antrag auf Abschaffung des Oberhauses befürwortet hatte, beantragte, die Bill, betreffend die Registrierung der irischen Wähler, der Finanzbill über § 8 wieder anzuhangen, und sie so nochmals vor das Oberhaus zu bringen. Der Ober-Sekretär für Irland, Forster, bekämpfte zwar den Antrag als eine zu extreme Maßregel — derselbe wurde auch abgelehnt — tadelte aber in scharfer Weise das Verhalten des Oberhauses und betonte unter lebhaftem Beifall der liberalen Partei, wenn das Oberhaus die Verachtung des Unterhauses nochmals in ähnlicher Weise dokumentiren sollte, so dürfte die Zeit kommen, wo es nicht nur ratsam, sondern sogar nothwendig sei, eine Veränderung der Verfassung des Oberhauses in Erwägung zu ziehen. Das Unterhaus vertrete das Volk, die Mitglieder des Oberhauses hätten ihre Stellung einfach dem Zufall der Geburt zu danken. Der Führer der Opposition, Sir Stafford Northcote, protestierte zwar energisch gegen solche Neuerungen gegen das Oberhaus, die ihn mit höchstem Erstaunen und Bedauern erfüllten, da sie von einem Minister kämen; er wird es aber nicht verhindern können, daß die Worte Forster's im Volke, wo die Sympathien für die Lords nie sehr groß gewesen sind, vielseitige Zustimmung finden. Von den Mitgliedern des Oberhauses, meint die „Boss. Ztg.“ mit Recht, hängt es nun ab, ob sie den von der großen Majorität des Volkes gehaltenen Wunschen Rechnung tragen und denselben ihre Privatinteressen hintansezehnen, oder ob sie fortfahren wollen, den dringend nothwendigen Reformvorschlägen der Regierung Widerstand zu leisten. Im ersten Falle werden sie ihr privilegierte Stellung noch weiter behaupten können, ohne daß dieselbe anders als durch theoretische Erörterungen angefochten wird. Beharren sie aber in ihrem bisherigen Verhalten, so werden den Worten Forster's unzweifelhaft auch Thaten folgen: durch den Widerstand einer Majorität der 500 erblichen Gesetzegeber könnten die unauffindbaren Reformarbeiten nicht verhindert werden.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 5. September. [Allerlei Dementis.] Der gestrige Tag war überaus fruchtbar an Dementis: nicht weniger als vier hat er auf einmal gebracht. Was das durch Wolff's telegr. Bureau übermittelte betreffs der angeblichen Auszahlung der Reichsbanknoten in Silberthalern geht, so ist es begründet. Die dementierte Nachricht, welcher auch wir Glauben geschenkt und die wir im Zusammenhange mit der Lage der Münzreform erörtert hatten, stammte aus denjenigen geschäftlichen Kreisen, in denen man über solche Dinge aus erster Hand informiert zu sein pflegt, wie auch der Umstand beweist, daß sie der Londoner Geschäftswelt telegraphisch gemeldet worden war. Des Dementis und der Erklärung, daß an eine Auszahlung der Noten in Silber nicht gedacht werde, könnte man sich freuen, wenn in der Situation, in welche unsere Währungsfrage durch die Einführung der Silberverküsse gebracht worden, nicht jeder richtige Schritt fast zur Unmöglichkeit geworden wäre, wenn der Verzicht auf einen falschen Schritt mehr bedeuten könnte, als daß ein anderer falscher Schritt erfolgt. Über die gestrige abermalige Diskonto-Erhöhung ist genau dasselbe zu sagen, wie über die vor Kurzem vorhergegangene: auch sie ist nicht durch die allgemeinen Verhältnisse des Geldmarktes, resp. der Bank, sondern lediglich durch den verhängnisvollen Umstand bedingt, daß der Metallvorrath der Bank zu einem größeren Theile aus Silber, als aus Gold besteht. — Das Dementi, welches die „Nord. Allg. Ztg.“ der Nachricht von der beabsichtigten Auflösung des Reichsamtes des Inneren entgegensezt, entspricht so sehr den, auch an dieser Stelle dargelegten tatsächlichen Verhältnissen, daß es ohne Zweifel zutreffend ist; die dementierte Nachricht war nur eine von den Blasen, welche die „totte Jahreszeit“ treibt. Ebenfalls glaubwürdig ist die offiziöse Bestreitung der Absicht, ein Kartoffel-Ausfuhrverbot zu erlassen; noch bevor die Blätter, welche das Be-

stehen einer solchen Absicht gemeldet hatten, sie selber als aufgegeben bezeichneten — was vor einigen Tagen geschehen ist — schrieb ich Ihnen, dem Gedanken standen innerhalb der Regierung selbst die agrarischen Tendenzen entgegen, Fürst Bismarck vertrete dieselben energischer als jemals. Wer die Ausführungen überblickt, mit denen die „Nord. Allg. Ztg.“ ihr bezügliches Dementi verbrämt, wird leicht erkennen, woher der darin angeschlagene Ton stammt. Der Verfasser oder Inspirator hat aber offenbar die betreffenden Artikel der liberalen resp. freihändlerischen Blätter gar nicht gelesen, sonst würde er nicht eine angebliche liberale oder freihändlerische Forderung eines Kartoffel-Ausfuhrverbotes bekämpfen: von dieser Seite ist dasselbe fast durchweg als ein neuer falscher Schritt auf einem falschen Wege behandelt worden, wenngleich hervorgehoben ward, daß Kornzölle und landwirtschaftliche Ausfuhrverbote in einem gewissen logischen Zusammenhang stehen. — Einige Vorrichtungen wird endlich gegenüber der unbedenklichen Ablehnung neuer Verhandlungen mit der Kurie geboten seien. Die bezügliche Nachricht stammte von alzu wohlinformirter Seite, als daß man nicht mindestens diesem Dementi gegenüber sagen sollte: qui vivra verra; in einem halben Jahre etwa wird man vielleicht darauf zurückzukommen haben.

— Im Gefolge Sr. Majestät des Kaisers und Königs werden sich bei den bevorstehenden Manövern befinden: die Generaladjutanten General der Kavallerie Graf v. d. Goltz, Generalleutnant Freiherr v. Steinäcker und Generalleutnant v. Albedyll; die Generale à la suite Generalmajors Graf v. Lehndorff und Fürst Radziwill; die Flügel-Adjutanten Oberstleutnant v. Lindequist, Oberstleutnant Graf v. Arnim und Major v. Plessen; vom Militärkabinett der Oberstleutnant v. Brauchitsch; ferner der General-Feldmarschall Graf v. Moltke mit dem Oberst de Clair, dem Oberstleutnant v. Manten, dem Major Steffen und dem Major v. Burt, sowie der Kriegsminister General der Infanterie v. Kamcke mit dem Major Wodtke. Mit Allerhöchster Genehmigung nehmen ferner im Gefolge des Kaisers an den Herbstübungen Theil: der General-Feldmarschall Hermann v. Bitzenfeld und der kommandirende General des 5. Armeekorps v. Pape, beide in ihrer Eigenschaft als à la suite des 2. Garderegiments z. J. und der Generalleutnant v. Werder, Militärbevollmächtigter in Petersburg.

Im Gefolge Se. Kaiserl. und königl. Hoheit des Kronprinzen befinden sich außer dem Generalmajor v. Mischa, den Majors v. Panwitz und Lenne, dem Hauptmann v. Puhlsheim und dem Rittmeister Frhr. v. Neukirch, gen. v. Nyneheim, als dessen Adjutanten noch der königl. hirsche Major im Generalstab Frhr. v. Hartmann, zur zeitweiligen Dienstleistung beim Stabe der 4. Armeeinspektion kommandiert, sowie vom 10. September an noch ein fgl. hirsche Offizier. — Den Schiedsrichtern sind nachstehende Generalstabsoffiziere zugewiesen worden und zwar Dem Generalleutnant v. Bülow, General-Inspekteur der Artillerie, der Major Frhr. v. d. Goltz vom großen Generalstabe und der Hauptmann v. Kleist à la suite des Generalstabes, dem Generalleutnant v. Biehler, Chef des Ingenieurkorps und Generalinspekteur der Festungen, der Major v. Naso vom Generalstabe des 2. Armeekorps und der Hauptmann Körpe vom großen Generalstabe, dem Generalleutnant v. Flato, Director der Kriegsschule, der Major v. Münnich und der Hauptmann Graf v. Moltke, beide vom großen Generalstabe und schließlich dem Generalmajor Verdun du Verneuil, Director des allgemeinen Kriegsdepartements, der Major v. Voie und der Hauptmann v. Nidisch-Rosenegg, beide vom großen Generalstabe.

Locales und Provinziales.

Posen, 6. September.

r. Militärisches. Der kommandirende General v. Pape, Generalleutnant v. Alvensleben und Oberst v. Kretschmar reisten gestern von hier über Moschin zu den Übungen der 20. Infanterie-Brigade. — Gestern trafen von den Artillerie-Schießübungen bei Glogau die Fouriere des 5. Fuß-Artillerie-Regiments hier ein; heute kommt die Fuß-Artillerie selbst hier an.

r. Oberbürgermeister Kohleis ist am 4. d. Mts. nach mehrwöchentlicher Urlaubsreise hierher zurückgekehrt.

r. Regierungsrath Perkuhn und Regierungsrath Koch, welche Sonnabend Morgen nach Schröda gereist waren, kehrten am Abend desselben Tages von dort zurück.

r. In dem Prozeß wegen Betrugses, über den wir in Nr. 615/16 berichteten, hat Rechtsanwalt Faždżewski die Vertheidigung des angeklagten Inhabers der Glashandlung, der Referendar Hensel dagegen, z. B. Generalsubstitut des Rechtsanwalts Schottländer, die Vertheidigung des mit angeklagten Buchhalters, welcher freigesprochen wurde, geführt, was wir hiermit zur Richtigstellung unserer neulichen Angabe mittheilen.

r. Das Erntekranzschießen der hiesigen Schützengilde, welches am 29. v. M. begann, erreichte nach siebentägiger Dauer am 4. d. M. Abends sein Ende. Es sind im Ganzen 620 Schüsse abgegeben worden; die Scheibe (mit 12 Zielen) war in einer Entfernung von 268 Schritten aufgestellt, und es wurde nach derselben freihändig geschossen. Jedes Mitglied der Gilde konnte 6 Schüsse abgeben, von denen jedoch nur der beste in Betracht kam. Von den 620 Schüssen waren 420 Treffer und von diesen circa 60 Spiegelschüsse. Die besten Schüsse hatten nach der am Sonnabend Abend erfolgten Feststellung abgegeben: Buchbindermeister Wilke (dicht am Mittelpunkte), Fleischermeister Klichowski (im 12. Zielpfel), Mehlhändler Zapinski (im 11. Zielpfel). Es wurde demgemäß Sonntag Abends 6 Uhr als Erntekönig proklamiert und mit der der Gilde gehörigen silbernen Kette, sowie einer silbernen Medaille dekorirt: der Buchbindermeister Wilke; als erster Ritter wurde Fleischermeister Klichowski, als zweiter Ritter Mehlhändler Zapinski proklamiert. Der Erntekönig erhält 90 Mark, 2 silberne Löffel à 7 M. 50 Pf. und die erwähnte silberne Medaille, jeder der beiden Ritter 2 silberne Löffel à 7 M. 50 Pf.; die übrigen Gewinne werden am Montage durch Vermessung der Scheibe festgestellt.

r. Die Temperatur, welche schon seit ca. zwei Wochen eine ungewöhnlich hohe ist, hatte am Sonntag eine Höhe erreicht, wie sie im September wohl sehr selten ist, und auch im ganzen Sommer dieses Jahres höchstens im Juli vorgekommen ist. Nachmittags stieg das Thermometer im Schatten auf 23°, in der Sonne auf 31° R., und Abends 7 Uhr waren noch 20° und Abends 11 Uhr 17° R.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 4. September. Die londoner Zeitungsnachricht, daß die Reichsbank Silberthalern statt des verlangten Goldes hätte auszahlen wollen, entbehrt jeder thatlichen Unterlage und sicherem Vernehmen nach wird die Bank wie bisher unbeschränkt Gold auszahlen. Größeres Goldabflusse steht lediglich eine entsprechende Erhöhung des Zinsfußes gegenüber.

München, 5. September. Die von Sr. Majestät dem Kaiser an das Heer erlassene Proklamation ist den hirschen

